

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 7

Halle (S.), 13. Februar 1926

2. Jahrgang

Wolken am Horizont.

Politische Springprozeßion — Autopanne auf der Fahrt nach Genf — Die beschäftigungslosen Schwarzhemden — Herr Walter von der Vogelweide — Der potenzierte Cäsar — Volksgemurmel im Reichstag — Die Alkkustik im bayerischen Landtag — Der weiße und der schwarze Adler — Pohnende Reise — Junsbruck und Mantua — Abriistung, eine französische Angelegenheit — Washingtons goldener Draht — Wackelnde Pagoden.

Deutsche Politik erinnert an die Götternacher Springprozeßion. Drei Schritte vorwärts und zwei gleich zurück. Nicht freiwillig; die Ereignisse zwingen dazu. Wenn das Glück nur den Tappstein hoch ist, können wir auf heldische Tugend keinen Anspruch erheben. Glück wenigstens haben wir nicht. Auf jeder politischen Autofahrt erleben wir eine Panne. Meistens mehrere. Eben haben wir den Motor angestrichelt, um in voller Fahrt mit hundert Kilometer Geschwindigkeit die Stadt Calwina und Rouffecaus zu erreichen, da trifft uns ein Steinwurf aus Rom und zwingt zu vermeintlicher Mühsal in flüchtiger Entschleunigung. Eine Verblüffungsbesichtigung des Duca. Draußen sammeln sich beschäftigungslos die Schwarzhemden und blicken einer neuen Parole. Im Lande selbst haben sie ihre Gegner nach echt römischer Art mundtot gemacht. So dröht Arbeitslosigkeit, Versteht sich, nicht Arbeit im gewöhnlichen Sinne des Wortes, fehlt den Italienern. Im Lande des Appennin gäbe es mangelndes zu sorgen und zu raten. Aber dies ist nicht gemeint. Man braucht Transparenz, braucht die Nationalhymne, um bei ihren Klängen marschieren zu können. Am besten über die Grenzen. Das hat immer einen eigenen Reiz. Schon die alten Inhaber der Konjunkturgeschwärmten dafür, die Seere auswärts sich verpfehlen zu lassen. Solchen Bedürfnissen muß ein Führer entgegenkommen, muß es umso mehr, wenn dahinein seine Stellung nicht ganz so glanzvoll und in sich gesichert ist, wie es nach außen hin scheinen soll.

schönern das Landschaftsbild nicht. Es ist alles so schönungslos. In der Beziehung könnten wir italienischen Impart gebrauchen. Er wäre nahrhafter als die Apfelsinen, die wir auch anderswoher beziehen können.

Deutsche Politik wird in Berlin getrieben. Nein, das ist falsch, sie sollte in der Wilhelmstraße zentralisiert sein, so will es die Verfassung, aber bayerischer Partikularismus regte die Schwingen. Herr Held nahm an der Jar das Wort. Die Nachbarschaft Südtirols verlor nicht mit Reichswaffen drohen, nicht einmal mit dem Bonifatius. Politik wird Herr Held falsch verstanden. Die Artikel im Sonntag eignet sich nicht für außenpolitische Debatten. Die ausländischen Journalisten in München sind darauf nicht eingestellt, nicht für außenpolitische Debatten. Starke Töne können sie dort auch, aber doch schließlich nur gegen das Reich, nicht gegen eine fremde Macht. Herr Stresemann würde bekümmert diese Entschleunigung der Eigenart. Wo kommen wir hin, wenn der Staatspräsident von Ripp-Deimold oder der Vizepräsident von Mecklenburg-Schwerin die Belange des Reiches in die eigenen Hände nimmt? So deutlich braucht man den Wirkwaren unseres verfassungspolitischen Lebens doch nicht kund und zu Wissen zu tun.

Die Abriistungskonferenz aber wird räumlich und zeitlich banaler verfahren. Vom 15. Februar, an dem sie beginnen sollte, schon über die Iden des März hinaus, bis in den Novembermonat. Im schönen Monat Mai, wenn alle Knospen springen, sollen auch einige überflüssige Generäle über die Klänge springen. Aber plötzlich haben sie alle Bedenken. Abriistung ist gut, jedoch nur, wenn sie die anderen trifft. Man kann nie wissen. Und dann die Schweiz. Nichts ist mir lieber als einen gelassenen Boden nicht bestreiten, weil sein Freund Morawski dort unter Wörtern das Leben ließ und die Schweiz nicht viel in Geld verwandelt möchte. Also fort von Genf. Auch diesen Wünschen wird genügt. Schiffe mit Aktien werden dem See durchkreuzen. Vielleicht geht es nach Götter Lesabins oder gar weiter nach Aix zu Füßen der Savoyen Alpen, möglicherweise sogar nach Nizza, wo ja dann der Frühling vorüber ist. Französische Städte scheinen uns auch für das Problem der Abriistung besonders geeignet, es ist ja in der Tat eine in erster Linie französische Frage.

In Washington lauscht man mit wachsendem Anmut den Junksprächen aus Europa. So hat man sich die Abriistung nicht gedacht, dazu hat man auf die eigene Konferenz nicht verzichtet. Herr Coolidge spielte mit dem Gedanken, ein Konfurrenzenunternehmen aufzunehmen, aber die Anschläge sind nicht fonderlich gut. Wenn die europäischen Herren schon auf dem festen Boden des alten Kontinents längere Reisen scheuen, sind sie auf Schiffe überhaupt nicht herauszufahren. Doch America hat sich Es hat um die bewohnte Erde ein Netz goldener Fäden gesponnen und hat seine Schuldner fest an vielen Drähten. Und bist du nicht willig, so geht's kein Geld, was immer eine heilsame Wirkung ausübt. Ein Wind an Wallstreet ist höchste Politik. Sie verübt die Erfolge. Banknoten sind eindringlicher als diplomatische Noten.

Und da wären wir beim nervus rerum. Bei der Geldnot. Herr Briand steht mit geranzelter Stirn in den finanziellen Abgrund, der sich nicht schließen will, obwohl schon mancher Minister als Opfer in ihn hinabgesprang. Kluge Ratshläge sind für Parteipolitik untragbar. Wir haben menschlich alles Begreifen für die Kräfte, die jenseits des Rheines die französischen Kabinette erschüttert. Gleiche Erfahrungen machen gegen die Not der anderen dorthin. Verzettelt kämpft Briand um seine Staatsmannstellung. Man kann sich leichter mit fremden Wölfen verdingen, als mit dem eigenen, namentlich, wenn es um größere Summen geht.

Die Erregung bereibt. Neue Ereignisse drängen sich vor, aber der Streitfall bleibt unangenehme Belastung für unsere Autofahrt nach Genf. Politisches Zusammenstreffen, das unsere Anmeldung im gleichen Augenblick geschah, da uns Italien schändlich Unbarm bei nichterwiesenen Wohlwollen demarshiert. Vermutlich sollen wir ihm noch besonders als Aktivist in Rechnung stellen, daß es uns 1915 vor dem Sieg bewahrte. Mühsam sieht man in Rom, daß auch jede Friedensarbeit sich lohnt, und daß man die Gleichberechtigung nicht mit Noten und freundlichen Bepfehlungen erzwingen kann. Unsere Reise nach Genf gefällt nicht recht. Uebrigens nicht nur dort, wo einst die Wölfin die Jungen säugte, sondern auch anderswo. Der Sitz im Rat, für ein Sechsmillionen Volk lediglich nur die Anerkennung tatsächlicher Machtverhältnisse, weicht überhoben. Was der schwarze Reichsadler kann, wird der weiße Adler gleichfalls in Anspruch nehmen, obwohl ihm die Schwingen gebrochen sind und die Federn allmählich zur Reize geben. Spanien und Brasilien melden ihre Ansprache an und finden in London geeigneteres Ohr als die Polen. Der Rat wagt, was für seine Aktionsfähigkeit vielleicht ein recht bedingter Vorteil ist.

In Genf hatten unserer beträchtliche Aufgaben, die die Reise lohnen. Ueber die Minderheiten haben wir dort einiges bringendes zu sagen. Freilich werden auch wir das Minderheitsrecht bei uns geleglich verantern müssen, um gegen späte Pfeile gemoppelt zu sein. Was in Kürze geschieht. Mit uns zugleich trifft das Tiroler Telegramm ein, daß den Herren am Lac Lemana einiges Kopfzerbrechen bereitet. Tirol verlanzt die Freiheit seiner Stammesgenossen jenseits der Grenzen. Nicht umsonst

Reden ist Silber,
Schweigen ist Gold.

hält einer der Freiheitskämpfer der Weltgeschichte auf dem Berge Sigel wagt. Nur in Mantua war Andras Hofier in Bänden. Auf das freie Junsbruck schaute er als freier Mann herab. Und eine weitere Parole folgt uns in dem Reformationsaal: Abriistung. Wir haben damit so gute Erfahrungen gemacht, daß wir sie den anderen nicht vorzuenthalten dürfen. Gesehret und paragrafenbestellen werden wir dafür zu sorgen haben, daß die toten Wälfersbundsakte sich beleben. In ihnen steht das Notwendige bereits fest.

Doch sind wir denn selbst aus dem Labrynth des Dalles heraus? Der neue Herr im Reichsfinanzministerium schüttelt bedeutlich den Kopf. Aber er ist jung, und Jugend bedeutet Optimismus. Tapfer tritt er an die Maschine der deutschen Wirtschaft heran und lockert die Steuerfäden. Vielleicht bringt er sie doch noch in Gang. Und tapfer gibt er auch den Ländern und Gemeinden ihre finanzielle Selbständigkeit zurück. Sie sollen einmal verantwortlich sein, vielleicht fühlen sie sich dann auch verantwortlich, bewilligen nicht mehr, was den Zeitläuften nicht entspricht und bekennen sich allgemein zu häuslicher Sparjamkeit. Im Reichsinnenministerium sieht gleichfalls ein neuer Herr, nicht mehr so ganz jung, aber voll Leidenschaft zur Arbeit. Eine Wahlrechtsreform wird dort vordereitet. Einige Pagoden werden erschüttert, so fest sind die Wurzeln nicht, daß sie nicht eine Hoffnung der Wähler hinwegschütten können. Und wir würden der Hoffung fallen unter den Begriff der Zukunftssteuer. Fangen wir hier also mit der Sparjamkeit an. Deutlich ist etwas anderes. Nach Goethe höchstes Glück der Erdenfinder bleibt die Perfidität. Auch diese Devaluation an geistigen Zahlungsmitteln muß überdiesen werden.

Richard May.

Aus Parlamenten und Parteien

Die Gesundheit des Reichsministers Dr. Kütz. Die „Deutsche Zeitung“ hat gemeldet, daß der Reichsminister des Innern Dr. Kütz gerade zur Arbeit unfähig geworden ist, und daß er wochenlang in Berlin verbleiben wird. In diesem Zusammenhang spricht das Blatt von einer sogenannten „politischen Krankheit“. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ ist demgegenüber Dr. Kütz geradezu einer besondern Gesundheit gewiß. Er kann angenommen werden, daß gerade die politischen Anhänger der „Deutschen Zeitung“ in der allerhöchsten Zeit Gelegenheit haben werden, sich angefangs der politischen Arbeit des Reichsministers mit seinem vortrefflichen Gesundheitszustand zu überzeugen.

Das Handwerk auf der Weltwirtschaftskonferenz. Die demokratische Reichstagsfraktion hat die nachstehende „Kleine Anfrage“ eingebracht:

Die deutsche Reichsregierung hat sich zur Teilnahme an einer Weltwirtschaftskonferenz, zu der die Einladungen vom Völkerbund ergehen werden, bereit erklärt.

Wie in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist, hat das Reichswirtschaftsministerium bereits die notwendigen Vorbereitungen zur Teilnahme an dieser Konferenz aufgenommen. Es soll dabei in Aussicht genommen sein, die Hinzuziehung von Vertretern des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, des Zentralverbandes der deutschen Einzel- und Ausfuhr sowie der Arbeiterkammer, der Wirtschaft und des Reichsverbandes der Arbeiterkammer. Wir fragen die Reichsregierung, ob sie bereit ist, angefangs der Bedeutung des deutschen Handwerks aus einem Vertreter des Reichsverbandes des deutschen Handwerks zu dieser Weltwirtschaftskonferenz hinzuzuziehen?

Völkisches Allerlei.

Gegen den nationalsozialistischen Stadtrat Eritl. Nürnberg, den wittenen Luppe-Gegner im letzten Prozeß, ist ein Ermittlungsverfahren wegen Weinedel eröffnet worden. Eritl war als Zeuge häufig bemüht, dem Oberbürgermeister Parteilichkeit nachzuweisen, auch als Streichers Verdächtigungen längst widerlegt waren.

Am Schwurgericht zu Augsburg fand ein Prozeß gegen den Herausgeber und Redakteur des nationalsozialistischen Blattes „Die deutsche Michel“ statt, das sich auch damit beschäftigt, Ständalagelegenheiten in der Öffentlichkeit breit zu treten. Der wegen solcher Dinge schon öfter mit erheblichen Geldstrafen vorbestrafte Redakteur Tauer Weiler, der sein nationalsozialistisches Herz entdeckt hat, nachdem früher sein Anbiederungsverbot an die linksstehende Sozialdemokratie in Augsburg mißglückt ist, mußte sich wegen fortgesetzter Beleidigung der städtischen Polizeibehörde verantworten. Der Angeklagte, der nicht einmal verurteilt, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu erbringen, wurde zu 2 Monaten 14 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ Nr. 60 hat der völkische Abgeordnete G. Feder in einer Berliner Versammlung u. a. erklärt:

Die Deutsche Reichsbank, dieses internationale Gaunerinstitut, werde von Juden und Ausländern geleitet, die kein Interesse am Wiederaufbau Deutschlands haben können. Nur die Ausjagung der Wirtschaft durch un-

D. D. B. Halle.

Chefredakteur
Georg Bernbard
spricht am
Donnerstag, 18. Februar
abends 8 Uhr im oberen Schallsaal.

Schlusssätze aus dem Vortrage:
Politik der Tat. — Rüksichtabfindung. —
Justiz und Gemein. — Zwischen links und rechts. —
Wirtschaftsbesetzung?

Wir ermahnen einen regen Besuch unserer Mitglieder.
Gehrnungsfreunde sind zum Besuch der Veranstaltung
aufzufordern. Der Vorstand.

würdige Zinsen sei der Zweck dieses internationalen Gaunerinstituts, dessen Rüksicht ein lohnendes Geschäft für die Juden sei. Der Betrag am Vollen sei nur mit Unterstützung der Deutschen Reichsbank möglich gewesen. Wer das Abstammungsgesetz über dem Dames-Abkommen mitgehen habe, der empfinde Eitel über die deutsche nationale Parteilichkeit, die ihre Vorkämpferinnen betrogen habe. Selbst Ehrlich und Bismarck hätten sich nicht getraut, an diesem schmutzigen Manöver teilzunehmen. (Zurufe: Jude! Selbstmord!)

Demokratische Landtagsfraktion und Preussische Städteordnung. Bei der 2. Beratung der Preussischen Städteordnung im Landtag hat die demokratische Fraktion eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt, u. a. sollen

Kommunalpolitische Tagung der Deutschen Demokratischen Partei.

Demokratie und Selbstverwaltung.

Am Sonntag, den 7. Februar, fand im Festsaal des Herrenhauses in Berlin eine kommunalpolitische Tagung der Deutschen Demokratischen Partei statt, die von den Vorsitzenden der demokratischen Landtagsfraktion, Justizrat Foll, geleitet wurde. Die Tagung war außerordentlich gut besucht und erbrachte dadurch allein schon den Beweis, welche Bedeutung die Deutsche Demokratische Partei den Problemen der Kommunalpolitik entgegenbringt. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. den Oberbürgermeister Boeg-Berlin, Oberbürgermeister Landmann-Frankfurt a. Main, Oberbürgermeister Weiberger-Schlügen, Oberbürgermeister Willigmann-Wehrleben, Bürgermeister Kolbenburg-Zittau, Oberbürgermeister Luppe-Nürnberg, Bürgermeister Ebert-Altona, sowie eine große Zahl beobachteter und unbeobachteter Stadträte und außerordentliche Stadtoberordnete aus allen Teilen Deutschlands.

Oberbürgermeister Boeg-Berlin hielt einen Vortrag über das Thema „Die Selbstverwaltung in ihrer Beziehung zu Reich und Staat“. Der Berliner Oberbürgermeister bezeichnete in seinem Vortrage die alten Geheimräte als geborene Feinde der Selbstverwaltung. Diese Geheimräte hätten ihren früheren Einfluß behalten und seien dabei der Selbstverwaltung den letzten Stoß zu versetzen. Oberbürgermeister Boeg wandte sich dann vor allem gegen die Städteordnung, im Preussischen Landtag beratenen neue Städteordnung, die nach seiner Ansicht die Verwirklichung des letzten Restes der Selbstverwaltung bedeutet. Der Redner verteidigte die Ansicht, daß nur die Städte ihre Verwaltungen wirklich abgeben könnten, er forderte einen Abbau der überflüssigen Ministerien, die nur den Städten bei allen Gelegenheiten in die Arbeit hineingeworfen werden. Er forderte, daß die Städte ihre Verwaltungen selbst übernehmen, und seine notwendigen Arbeiten selbst jedes andere Ministerium mitteilen. Im weiteren Verlauf seines Vortrages befaßte sich Oberbürgermeister Boeg mit der Finanzlage der Kommunen. Im Hinblick darauf, daß den Gemeinden vom 1. April 1927 an wieder das Recht gegeben werden soll, Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben, führte Boeg aus, daß es unmöglich sei, zu den heutigen hohen Einkommensteuern Zuschläge zu erheben. Die Wirtschaft und die ganze Bürgerpflicht heute schon unter der Last der Steuern. Reich und Staat müßten einen Sachdank übernehmen; bisher sei man ungefragt verfahren. Sie müßten auch billiger wirtschaften, denn fände der Personalabbau folgen, damit ihre Steuern herabgesetzt würden und die Gemeinden dann einen Teil der Differenz erheben könnten. Zum Schluß forderte Oberbürgermeister Boeg die Männer der Wirtschaft zur tatkräftigen Mitarbeit in den Kommunen auf. Wenn sich die Barone der Wirtschaft mehr um die Selbstverwaltung kümmern würden, dann würden auch die rechten Beziehungen zwischen ihnen und den Gemeinden hergestellt werden können. Boeg begrüßte den Beschluß über die Bildung des kommunalpolitischen Ausschusses der Deutschen Demokratischen Partei und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Ausschuß mitarbeiten würde, dem Steinigen Gedanken der Selbstverwaltung zu neuer Blüte zu verhelfen.

An Stelle des verabschiedeten Reichsministers des Innern Dr. Kütz sprach dann, mit förmlichem Beifall begrüßt, Oberbürgermeister Luppe-Nürnberg. Luppe schilderte die Vertriebenheit des Zentralismus, die sich vor allem in der Kriegswirtschaft gezeigt habe. Die Demokratie müsse überflüssige Funktionen beseitigen, der komplizierte Apparat müsse vereinfacht werden. Es sei eigenartig, daß der Preussische Landtag bis jetzt noch in keine Städteordnung habe verabschiedet können. Luppe wies in dieser Beziehung auf Bayern als Vorbild hin. Hier sei seit dem Jahre 1919 die laufende Verwaltung in den Händen der Bürgerlichkeitsvertreter. Er drückte seine Hoffnung aus, daß sich dieses System bewähren werde. Niemand denke daran, es zu ändern, sondern es zu verteidigen. Die Demokratie müsse sich gegen die Vertriebenheit der Wirtschaft wehren. Zwischen beschließender und verwaltender Behörde bestände kein Gegensatz mehr. Kritik könne man nur an sich üben. Ohne Selbstverantwortung sei keine Demokratie denkbar. Praktische Arbeit erziehe zu dieser Selbstverantwortung. Die Staatsaufsicht dürfe sich nur darauf beschränken, die Gleichheit der Beschlässe nachzufragen. Luppe wies dann weiter auf das System der Ortstammern hin. Durch diese Ortstammern würden auch Reibungen mit der Beamtenschaft beseitigt, weil die in den Ortstammern vertretenen Beamten das Recht hätten, Vertreter in die Personal-Ausschüsse zu entsenden. Demokratie beste bestreuen voraus, Vertrauen auch in den eigenen Beamten. Es sei in der Kommune notwendig, daß eine Verschärfung der Verantwortung nach unten erstrebt würde, dann könne man sparen und vor allem würde der kostspielige Kontrollapparat überflüssig werden. Der Redner wies gleichfalls auf den Verlust in der Verwaltung und auf das System der Doppelarbeit hin. So sei z. B. bei der Sorge für die Kriegsopter und Sozialrenten eine Überorganisation festzustellen, die eine kostspielige Erwerbung der Arbeit bedeute.

Als dritter Redner sprach der preussische Landtagsabgeordnete, Reichsgeordneter Professor Greßler-Barmen, der sich besonders mit der Frage der preussischen Städteordnung befaßte, und der die Vorwürfe der Vertriebenheit der Kommunen zurückwies. Solche Vorwürfe seien von Seiten der Wirtschaft erhoben. Das Beispiel einer ganzen Anzahl von Handelskommunen beweise jedoch, daß gerade diese Handelskommunen ihren Apparat erweitert und nicht abgebaut hätten. Eine bestimmte und klare Form der Staatsaufsicht sei zu mindern.

Die Staatsaufsicht dürfe sich aber nicht auf Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten erstrecken, sondern müsse sich auf die großen Fragen beschränken. Dann aber dürfe der Staat nicht nur den Städten in ihre Angelegenheiten hineinreden, sondern er müsse, falls es notwendig sei, auch durchgreifen. Im Hinblick auf die neue preussische Städteordnung müsse man fragen, ob aus dem Geiste des Mittrauens heraus das „bedachtete Alle“ logar nach reichlich verbleibend worden sei. Der Geheimrat sei ein Projekt der Hilflosigkeit, und Hugo Preuß habe das Bedachtete hinterlassen, daß diese Städteordnung nicht Gehör werden dürfe. Das Schicksal der Städteordnung hängt jetzt von den 300 Anträgen ab, über die der Landtag abstimmen müsse. Wenn die preussische Städteordnung jetzt verschmähe, so sei die Bahn frei für eine weitere Arbeit. Wenn dann diese Fragen im Rahmen der großen Verwaltungsreform Preußens erörtert würden, so müsse gefordert werden, daß diese Reform das Recht des Bürgers an der Mitarbeit führe.

Dr. Hermann Fischer-König überbrachte den Gruß der Parteileitung und der Reichstagsfraktion. Er begrüßte es vor allem, daß der kommunalpolitische Ausschuß daran mitarbeiten würde, das Verhältnis zwischen freiwilliger Kraft und staatlichem Bedürfnis zu klären.

Der preussische Finanzminister Höpfer-Aldhoff stimmte mit Dr. Fischer darin überein, daß bei Reich, Ländern und Gemeinden der Bedarf einschränkt werden müsse. Die Steuerlast könne von der Wirtschaft nicht mehr ertragen werden. Wenn es in Preußen möglich gewesen sei, bei der Aufstellung des Etats die Kosten um 125 Millionen Mark herabzubringen, so müsse in ähnlicher Weise auch beim Reich und bei den Gemeinden verfahren werden. Minister Höpfer-Aldhoff sah bei den Gemeindegeldbeschlüssen das Gute darin, daß die Verantwortung der Gemeinden im Sinne von Erparnismaßregeln bei diesem System wachsen und der bisherige Schematismus beseitigt würde. Die Hausgemeinschaften müsse einen Ausgleich zwischen Reich und schwachen Gemeinden schaffen, und dieser Ausgleich sei unbedingt nötig. Das Reich könne keine Finanzverwaltung nicht preisgeben. Es sei aber nötig, daß die Gemeinden einen stärkeren Einfluß in den Finanz-Ausschüssen bekommen, und zwar müßten in den Ausschüssen der Finanzämter Vertreter der Selbstverwaltung mitentscheiden. Er stimmte gegen die Städteordnung und die Städteordnung konnte es darauf an, daß die Städte der preussischen Städteordnung gehorcht werden. Die große Veränderung der preussischen Städteordnung werde noch geraume Zeit beanspruchten, bis sie verwirklicht werden könne. Bisher müßten einmal die Doppelfunktionen beseitigt werden. Zudem müsse eine vernünftige Neabgrenzung der Verwaltungsbezirke erfolgen.

Oberbürgermeister Landmann-Frankfurt a. Main betonte nachdrücklich die Bedeutung des Gedankens der Selbstverwaltung für den demokratisch-republikanischen Staat. Hier sei die Zelle für Demokratisierung und Republikanisierung. Als der absolute Staat an der Wurde zum konstitutionellen Staat wand, sah Stein, daß ein Ausgleich nötig sei und mußte die Selbstverwaltung. Wir müssen uns mehr gegen die Kripts-Demokratie und gegen die Herrschaft der Bürokratie, die preussische Städteordnung dürfe nicht ihr Leben erhalten durch den Zufall der Abkündigung über 300 Anträge. Es müsse eine Städteordnung geschaffen werden, die einen Fortschritt gegenüber der Vergangenheit bedeute. Oberbürgermeister Landmann brachte zum Schluß einen Antrag ein, nach dem die demokratische Landtagsfraktion in Preußen ersucht wurde, den vorliegenden Entwurf der preussischen Städteordnung abzulehnen. Nach längerer Aussprache wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die erste Tagung des kommunalpolitischen Ausschusses der Deutschen Demokratischen Partei hat eine Fülle wertvoller Anregungen und Gedanken. Es darf gehofft werden, daß diese Anregungen der praktischen Arbeit im Sinne des demokratischen Gedankens reichen Nutzen bringen werden.

Das Schicksal der Preussischen Städteordnung. Zurückziehung des Entwurfs!

Die Demokratische Landtagsfraktion hat schon vor dem abgehenden Beschluß des kommunalpolitischen Ausschusses der Deutschen Demokratischen Partei zu der Frage der Preussischen Städteordnung Stellung genommen und ist im Hinblick auf dieses Gesetz ebenfalls zu einer Ablehnung gelangt. Bei der Ablehnung des vorliegenden Gesetzesentwurfs war für die Demokraten entscheidend, daß bei einer Annahme eine Reihe notwendiger kommunaler Reformen für die nächsten Jahre unmöglich würden. Ebenso entscheidend war die Tatsache, daß der vorliegende Gesetzesentwurf dem demokratischen Gedanken der Selbstverwaltung nicht entspricht. Dem kam, daß das große Werk der Verwaltungsreform empfindlich dadurch gefährdet werden würde, wenn diesem Werk durch die jetzige Art und Weise ein Teil vorweg genommen würde. Die demokratische Fraktion hat den Beschluß daher keineswegs als eine Unfreundlichkeit aufgefaßt, sondern dieser Beschluß bedarf sich durch eigenen Stellenangabe. Nach ausgiebiger Mitteilung gegen die Gesetzesvorlage, so daß damit zu rechnen ist, daß die preussische Städteordnung nach ihrer jetzigen Gestalt nicht Gesetz werden wird.

Dauerfliegärten und Städtebau. Zur Beratung eines preussischen Haus- und Kleingartengesetzes hat die demokratische Landtagsfraktion nachstehenden Antrag eingebracht: Das Staatsministerium wird ersucht, die Schaffung von Dauerfliegärten im Rahmen des in der Beratung befindlichen Städtebaugesetzes zu regeln, insbesondere die im Entwurf vorgezeichneten Kleingartenflächen des Spiel- und Sportplatzes gleichzustellen.

Beim Reichsminister des Innern Dr. Kütz. Die „Deutsche Zeitung“ hat gemeldet, daß der Reichsminister des Innern Dr. Kütz gerade zur Arbeit unfähig geworden ist, und daß er wochenlang in Berlin verbleiben wird. In diesem Zusammenhang spricht das Blatt von einer sogenannten „politischen Krankheit“.

Braunschweigs finanzielle Notlage. Von gut unterrichteter Seite wird der „Deutschen Einheit“ aus Braunschweig geschrieben:

Infolge der Auseinanderlegung des Braunschweigischen Staates mit dem normals regierenden Weisenhause gehen dem Lande rund 40 000 Morgen Forsten sowie 8 000 Morgen Domänenländereien verloren, und außerdem hat es eine jährliche Rente von 75 000 Mark zu zahlen. Darüber hört demnach die Zahlung der sogenannten Einnahmesumme des Reiches in Höhe von jährlich 2 625 000 Reichsmark auf. Die Abfindung der Räte wird dem Lande auch noch erhebliche Kosten verursachen. Da außerdem noch einige „fette Professe“ schweben, die voraussichtlich der Staatskasse noch teuer zu stehen kommen, so ist die Finanzlage des Staates nicht nur augenblicklich sehr gespannt, sondern sie wird auch künftig viel Kopfzerbrechen bereiten. Es wird den kleineren Ländern voraussichtlich nichts weiter übrig bleiben, als den Anschlag auf die größeren zu suchen, weil sie einfach die finanziellen Lasten nicht mehr allein zu tragen vermögen. Die Behörden sollen nun nur Vorkehrung, wie noch weiter bis ins kleinste hinein gepart werden kann, das dem Lande drohende Unheil abzuwenden, aber man mag Pläne über Pläne entwerfen, man kann sich trotzdem nicht des Eindrucks erwehren, daß das noch nur Tropfen auf einen heißen Stein sein werden, und daß die weitere Entwicklung der Dinge unaufhaltsam auf Preisgabe der politischen Selbständigkeit hinführt.

Ein technischer Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium. Die Reichstagsaktion der Deutschen Demokratischen Partei hat zum Haushaltsplan des Reichsverkehrsministeriums folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, dem Vizepräsidenten des Staatssekretärs mit dem Titel „Techniker“ zu befehlen.“

Förderung des Zugerlehrs mit dem Oden. Ein zum Haushaltsplan des Reichsverkehrsministeriums eingebrachter Antrag der demokratischen Reichstagsaktion fordert die Reichsregierung auf, bei der Reichsbahnangelegenheit darauf hinzuwirken, daß auf der Strecke Berlin-Schneidemühl Danzig baldigst ein Tages Schnellzugpaar eingestellt wird.

Soziales

Doch noch positive Hilfe für ältere Angestellte. Die Fortschritte der Erörterungen über die Art der stellenspezifischen im Untersuchungs des Reichsverkehrsministeriums hat entgegen der bisherigen düster absehenden Fassung der Arbeitsverhältnisse erfreulichweise doch noch ein wenig weiteren Fortschritt für die älteren Angestellten erzielt. Wie uns der GDA mitteilt, wurde einstimmig beschlossen:

1. Dem sozialpolitischen Ausschuss eine Meldepflicht an öffentliche und nichtgewerbliche Arbeitsnachweise aller mit Angestellten zu besetzenden Stellen vorzuschlagen, um eine bevorzugte Unterbringung älterer Kräfte zu erreichen.
 2. Die Ausdehnung der Kündigungsschutz für ältere Angestellte für Betriebe mit mehr als 5 Angestellten auf mindestens drei Monate zum Schlusse eines Kalendermonats zu fordern.
 3. Die Arbeitsnachweise anzuhalten, die Bewerbungen solcher Angestellten, die mehr als drei Monate stellenspezifisch sind, den verschiedenen sozialen Fürsorgeeinrichtungen (Wohlfahrtsämtern usw.) unter Schilderung der Notlage zur besonderen Berücksichtigung zu empfehlen.
- Diese einstimmigen Beschlüsse zeigen, daß die Arbeitsehrerterreicht sich der Notwendigkeit einer gewissen Lösung der Frage nicht verschließen können. Die Arbeitsehrerterreiter haben ihre Zustimmung erklärt, am liebsten als Gebote nicht entgegen zu stellen. Im übrigen sollen die Angestelltenorganisationen nach wie vor durchreisende Maßnahmen, da nach ihren Erfahrungen mit seinen Zugeständnissen der Notstand nicht gehoben werden kann.

Entwurf eines Gesetzes über die Unterbringung erwerbsloser Angestellter. Die Angestelltenführer Gustav Schneider-Berlin, Anton Erkelz und Ernst Kemmer haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, der Reichstag wolle beschließen, die Landesarbeitsämter zu ermächtigen, Arbeitgeber zur Beschäftigung verheirateter Angestellter anzubahnen, wenn sich eine solche Maßnahme zur Befähigung der erheblichen Arbeitslosigkeit als erforderlich erweist. Dabei sollen ledige Angestellte, die unterhalb der Arbeitslosigkeit zu verorten haben, den Verarbeiteten gleichgestellt. Eine erhebliche Arbeitslosigkeit ist anzunehmen, wenn die Zahl der beim Landesarbeitsamt von dem im Bezirk vorhandenen Arbeitsnachweisen erwerbslos gemeldeten Angestellten im Verhältnis zu der Zahl der überbaut erwerbslos gemeldeten Angestellten ist. Ein solches Verhältnis ist in der Regel dann anzunehmen, wenn mehr als 10 v. H. der Erwerbslosen (Angestellte) sind. Angestellte im Sinne des Gesetzes sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die das 16. Lebensjahr überschritten haben, seit mindestens 10 Jahren eine nach § 1 Absatz 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben und länger als 3 Monate bei dem zuständigen Landesarbeitsamt als erwerbslos gemeldet waren, ohne daß ihnen eine Stellung hat vermittelt werden können. In einzelnen Fällen soll das Landesarbeitsamt berechtigt sein, den Status des Gesetzes auch anderen Angestellten zu erteilen, wenn die Ausschließung für den Betroffenen eine unbillige Härte bedeuten würde. Als Arbeitgeber sollen Inhaber aller Betriebe, Geschäfte und Verwaltungen des privaten und öffentlichen Rechts gelten, sofern sie mindestens 5 Angestellte ebenfalls im Sinne des § 1 Absatz 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes, auch wenn diese nicht versicherungspflichtig sind, beschäftigen.

Parleinachrichten

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Ausschuss.) Sitzung Montag den 22. Februar, abends 8 Uhr in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammlich.) Dienstag den 16. Februar abends 8 Uhr: Hotel „Weber Bar“, Weinstraße 6. Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

Der Mitgliederbeitrag für das erste Vierteljahr 1926 ist fällig und beträgt für Herren mindestens M. 2, — und für Damen M. 1, —. Wirtschaftlich Schwache sehen die Höhe des Beitrags selbst sehr. Der Vorstand erwartet, daß die leistungsfähigen Mitglieder sich zu höheren Beiträgen freiwillig verpflichten. Die Beiträge werden in der Regel durch unseren Kassaboten eingezogen, jedoch steht es unseren Mitgliedern frei, die Zahlung der Beiträge direkt in unserem Büro vorzunehmen. Wir bemerken nochmals ausdrücklich, daß in dem Mitgliederbeitrag die Beiträge für die „Mitteldeutsche Rundschau“ nicht enthalten sind. Diese Beiträge werden gegen Kautions gleichzeitig mit dem Parteibeitrag erhoben.

D. D. P. Stadtteilgruppe Wilhelmstadt Donnerstag den 18. Februar abends 8 Uhr Versammlung bei Weichhaus, Eberstraße 1. Gäste willkommen.

Die Leser unserer Zeitung machen wir darauf aufmerksam, daß die Deutsche Demokratische Partei am Sonntag, den 14. Februar, vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“ eine Aussprache für die demokratischen Wähler veranstaltet. Der bekannte Wirtschaftspolitiker, Staatspräsident a. D. Dr. Hummel, spricht über die wirtschaftliche und politische Lage im Reich und der demokratische Abgeordnete Dr. Bohner über die Verhältnisse in Preußen. In dieser Aussprache sind die Leser unserer Zeitung herzlich eingeladen.

Magdeburg. Die Stadtteilgruppe Wilhelmstadt der Deutschen Demokratischen Partei hielt am Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus Beledere ihre Hauptversammlung. Der Vorsitzende, Herr Krell, erstattete den Tätigkeitsbericht, wobei er den in dem verflochtenen Jahre verstorbenen Parteifreunden einen tiefempfindlichen Nachruf widmete. Die Stadtteilgruppe hat dadurch, daß die Parteiorganisation fast regelmäßig monatlich eine politische Aussprache veranstaltet, besondere Zusammenkünfte im letzten Jahre nicht angelegt. Im laufenden Jahre soll jedoch die Aussprache mit den Mitgliedern und den Vertrauensleuten mehr gepflegt werden. An

D. D. P. Magdeburg
Aussprache für demokratische Wähler
Sonntag, den 14. Februar, vormittags 11 Uhr, in der „Freundschaft“
Staatspräsident a. D. Dr. Hummel
Oberstudienrat Dr. Bohner
sprechen über:
die wirtschaftliche u. politische Lage im Reich und Staat.

ler Mitteilungsblatt, das den Mitgliedern wöchentlich durch die Post ausgestellt wird, hat der Gruppe gute Dienste geleistet. Notwendig ist es, daß sämtliche Mitglieder der Mitteldeutsche Rundschau durch Abonnement unterstützen. Die Zahl der Leser muß durch Werbung von neuen Bestehen systematisch gefördert werden, ebenso ist es notwendig, daß der Inseratenteil von anderen Mitgliedern beachtet und benutzt wird. Des weiteren ging Herr Krell auf die politische Lage über und schilderte die Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung und die Aufgaben der Demokratischen Partei. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. An Stelle des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Jäger sprach Herr Stadtverordneter Blume über kommunale Angelegenheiten. Einleitend legte er in herben Worten die Rechte und Pflichten eines Stadtverordneten auseinander und behandelte den umfangreichen Etat der Stadt Magdeburg. Die interessanten Ausführungen fanden lebhaftige Zustimmung der Versammlung. An der Aussprache beteiligten sich Herr Vizepräsident Frenken, Herr Schüler sowie Herr Vizepräsident. Die Vorstandmitglieder für die Stadtteilgruppe wurden auf Vorschlag des Herrn Frenken sämtlich wiedergewählt. Die Mitglieder blieben noch auf einige Probe Stunden bestimmen, wobei auch der Tanz zu seinem Rechte kam. Der Abend verlief sehr harmonisch und wir können den Ortsgruppen ähnliche Veranstaltungen nur empfehlen.

Bezirk Magdeburg. In der ersten Hälfte des Monats März findet in Magdeburg eine große kommunalpolitische Tagung für die beruflich oder ehrenamtlich in der städtischen oder Kreisverwaltung tätigen Parteimitglieder statt. Wir bitten unsere Vertrauensmänner, uns umgehend die in Frage kommenden Persönlichkeiten zu melden, damit wir frühzeitig mit dem Verland der Einladungen beginnen können. Die Tagung wird sich u. a. mit den in Berlin gefassten Beschlüssen befassen und den engeren Zusammenstoß aller Kommunalvertreter innerhalb unseres Bezirksverbandes fördern.

Parteiende! Denke stets an eure Presse. Notwendig ist die lebendige, innere Anteilnahme. Jeder einzelne, der unsere politischen Ziele billigt, muß sich freiwillig für die Mitarbeit zur Verfügung stellen. Für jeden gibt es zu tun. Die Möglichkeiten sind vielfach. Werben neuer Leser, Mitarbeit an dem fertigen Ausbau, finanzielle Leistungen, Berichterstattung der wichtigen kommunalen Vorkommnisse usw. Selbstverständlichkeit ist es, daß jeder Demokratie unser Wohlwille gegen Bezugung bezieht. Handelt für unsere gerechte Sache!

Hg. Lohmann und die Cöthener Oberrealschule. Von überwölkter Seite wird das Gerücht in der Stadt Cöthen verbreitet, daß die im Hausauswärtigen des Landtages für den Abbau der Cöthener Oberrealschule eingetreten. Das Gegenteil ist richtig. Als Schulmann werde ich nie für den Abbau unseres vorbildlichen anstaltlichen Schulwesens zu haben sein. Auch als Politiker werde ich niemals meine Hand zu kultur- und bildungsfeindlichen Bestrebungen reichen. Ich bin daher auch im Hausauswärtigen des Landtages sofort den gemachten Vorwürfen klar und energig entgegengetreten.

Lothar. Im höchsten Lehrerverein hielt unser Landtagsabgeordneter Oberstudienrat Dr. Bohner einen Vortrag über das Wesen der Koelle, in dessen Verlauf er auch aus Eigenem sprach. Wie außerordentlich stark die glänzenden Ausführungen gefeiert haben, erhellt die Tatsache, daß Herr Dr. Bohner sofort zu einem Vortrage vor der gesamten Lehrerschaft des Kreises Jerchow I verpflichtet wurde.

Stendal. Im Demokratischen Klub berichtete Herr Lehrer Buz über die am 24. Januar in Berlin stattgefundene Sitzung des Parteiausschusses. In großen Zügen ging Redner auf die ausführliche Rede des Abgeordneten Koch ein und gab ein Bild über die politische und wirtschaftliche Lage. An den mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere, sehr lebhaftige Aussprache. Der Eintritt der Partei in die Regierung fand nicht allseitige Zustimmung. Es wurden Bedenken laut, daß die Regierung Luther-Kühn keinen allzu großen Bestand hätte. Mit der Haltung der Sozialdemokratie war man sehr unzufrieden. Ihre Verantwortungslosigkeit war das Äußerste der großen Koalition sehr geschädigt. Es sei wünschenswert, wenn die Sozialdemokratie sich recht bald dazu aufschließen könnte, politisch an den Geschäften der Regierung teilzunehmen. Ueber die Fühlensabfindung waren die Meinungen sehr geteilt. Es wurden sofort Stimmen laut, die für eine entscheidungslose Entscheidung vertrat, fand jedoch am Schlusse seiner Ausführungen allseitige Zustimmung.

In der letzten Sitzung entsand unser Provinzvertreter, Herr Landrat Böer, ein Bild über die Verhandlungen des Provinziallandtages. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall und wurden durch Herrn Stadtverordneten D a n n e m a n n ergänzt.

Cöthen. Im Demokratischen Klub, einer zwanglosen Vereinigung von Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei in Cöthen, sprach am Montag den 8. Februar vor den sehr zahlreich erschienenen Mitgliedern und eingeführten Gästen Herr Justizrat Dr. C o h n, Dehau, über „Die politische Lage im Reich und im Anhalt.“

Aus den vielen Fragen, welche jetzt die Gegenwart interessieren, ergriß sich der Redner speziell solche heraus, die gewissermaßen sehr dringende Tagesfragen geworden sind. Er behandelte, am nur einige wichtige Fragen herauszugreifen, die zu erwartende Reform des sehr bestehenden Wahlrechtes, er kam dann zurück auf die Regierungsbildung im Reich, weiter behandelte er das Verhältnis unserer Partei zu den anderen Parteien, der Redner streifte voran mit dem Hinweis, daß der Geist von Locarno sich bereits bemerkbar mache. Man fühlte dieses bereits im Verkehrs- und Wirtschaftsleben. Dann schloß Justizrat Dr. Cohn die politische Lage in Anhalt, wo er vornehmlich Steuer, Schutz und Theaterfragen berührte.

Wiedel neue Leser haben Sie schon gewonnen?

Ein Kapitel für sich bildeten seine Ausführungen über die deutsche Politik, über die er sich eingehend und sachlich verbreitete. Der Redner, der die volle Aufmerksamkeit der Zuhörer hatte, erstreckte sich seinen Vortrag, der einiger humorvoller Einschläge nicht entbehrte, sehr lebhaften Beifall. Der Vorsitzende gedachte noch anderer betroffenen Wähler am Rhein und sprach weiter die Hoffnung aus, daß den anderen Volksgenossen die Stunde der Befreiung ebenfalls bald schlagen möge.

Bezirk Halle.

Die Bedeutung demokratischer Gruppen in den Provinz- und Kreisparlamenten. Aus den bisherigen Verhandlungen des Provinziallandtages und der Kreisstage ergibt sich übereinstimmend das Bild, daß es den verhältnismäßig kleinen demokratischen Gruppen gelungen ist, sich einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Beratungen und Beschlüsse zu sichern. Im Provinziallandtag



Mit den Demokraten sowohl ein Sitz in dem wichtigsten Provinziallandtags-Ausschuß in der Person des Landrats Dr. von Krause, wie auch ein Sitz im Staatsrat, in dem Studienrat Dr. Treitel gewählt wurde, zugefallen. Aus den Kreisversammlungen wird aus mehreren Kreisen gemeldet, daß demokratische Vertreter in den wichtigsten Kreisversammlungen gewählt wurden. Bei den Beratungen liegt der Schwerpunkt der Entscheidung meistens bei den Vertretern unserer Partei. Die Folge ist, daß sie von allen Seiten umworben werden und damit an Bedeutung gewinnen.

Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die am Donnerstag den 18. Februar abends 8 Uhr im oberen Thaliaaal stattfindende Veranstaltung, in der Georg Bernhard sprechen wird, eine Mitglieder-

sammlung ist. Wir legen aber größten Wert darauf, daß die gewiß höchst interessanten Ausführungen des Redners auch Gefinnungsfreunden zugänglich gemacht werden. Jedes Mitglied wird in der Lage sein, Gefinnungsfreunde aus dem Kreise seiner Verwandten und Bekannten für den Vortrag Bernhards interessieren zu können. Wir bitten darum, diese Gefinnungsfreunde zu der Veranstaltung mitzubringen.

Briefkasten

Wahrscheinlich. M. Wir sind nicht im Bilde, ob der deutsche nationale Innenminister u. D. Schiele eine Berichtigung gegen die fraglichen Behauptungen der linksdemokratischen Presse gebracht hat. Ihre Darstellung stimmt infolgedessen nicht, soweit das „S. L.“ in Frage kommt. Das „S. L.“ brachte in seiner Nr. 519 vom 2. November im Feuilleton die Notiz:

Das laute freundliche Ja. Das der entscheidenden Kabinettsitzung vom 22. Oktober 1925, in der das Kabinett dem Vertragswort von Vucario unter der Voraussetzung der Rückwirkungen, einmütig zugestimmt hat, erfahren wir noch eine interessante Einzelheit. Der deutsche nationale Innenminister Schiele wurde gefragt, ob er das Wort von Vucario billige. Darauf antwortete er etwa mit folgenden Worten: „Aber ich gefragt werde, ob ich das Wort von Vucario billige, so antworte ich mit einem lauten freundlichen Ja.“ Als der Reichspräsident u. Hindenburg die Kabinettsitzung schloß, bemerkte er, es sei für ihn die größte Freude, daß im Kabinett die größte Einheit herrsche. Sie sehen, wie die deutschen nationalen Schwindeln können klären Sie bitte auf!

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Münz, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.



Fleisch- und Wurstwaren in bekannter Güte.
Frisches Schweinefleisch in allen Lagern.
Prima Rinder-Gefrierfleisch allerbesten Qualität zu herabgesetzten Preisen.

Fäule und Rouladen	3 Pf.	90 Pf.	Roskbeef und hohe Rippe	70 Pf.
Braten	80 Pf.	Gehacktes	70 Pf.	
		Roskfleisch	58 Pf.	

Hotel und Restaurant „Weisser Bär“
Bekannt gute Küche.
Pilsener Urquell
Münchener Spatenbräu
Ad. Thümmel.

Konfirmanden-Anzüge empfiehlt Konfektions-Haus
Deutsche Herrenmoden gegenüber d. Ratswaageplatz.
Breiteweg 136. Bekannt billige Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Bekleidung.

KAVAUMA
KRANKKASSE DES KAUFMÄNNISCHEN VEREINS GEGR. 1899
DIE BESTE VERSICHERUNG GEGEN KRANKHEIT

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert Anschließend
Tanzkränzchen.

Allstädter Bürgersäle
Apfelstr. 9. Fernspr. 6774
Inhaber Ferd. Preuß
Säle Vereinszimmer Speiseraum

Emil Heinrichs, Stendal
Osterburgerstr. 44.
Idealgesinnte Parteifreunde
welche einer Loge ohne Ständeschied beitreten wollen, erhalten gegen Voreinsendung von 1 RM. Probeheft, Bruderschatz u. Satzung der 1. Großloge Intern. humane Bruderschaft durch

Tanz- und Gesellschafts-Anzüge in solider und elegantester Ausführung
Vorzügliches Passen der gelieferten Sachen und ungewöhnliche Preiswürdigkeit sind mein bestes Werbemittel
Mannheimer Breiter Weg 120, 1.

Kennen Sie schon den Garant-Strumpf
Mak-Jong
Noch heute sollten Sie einen Probekauf machen. Paar 300
BARASCH.

Reichsbannerkameraden!
decken Sie Ihren Bedarf an
Windjacken von 6,75 bis 12,50
Bredeschoten „ 4,50 „ 12,50
„ Strickhosen „ 3,00 „ 12,50
„ Arbeitshosen „ 3,75 „ 6,50
in **Preßlers Textilhalle**, Magdeburg, nur Buttergasse.

Saloufien, Rolläden, Fußbodenholzmatten
Reparaturen, Reparaturmaterial
Saloufiefabrik Schmidt gegründet 1871, Magdeburg, Seilgassestr. 24, Tel. 92

Meyer Michaelis Gebr. 1894 Magdeburg (Bett. 1094) Dr. Marktstr. 16 - Fernspr. 1424
Günstigste Bezugsquelle für Sohle-, Oberleder u. sämtliche Schuhmacher-Bebarartikel

Denken Sie daran Ihre Familien-Anzeigen auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.
Maassen, Magdeburg, Prälatenstr. 1411, Ecke Himmelreichstr. Sprechst. 9-4 Uhr; Sonntags 9-11 Uhr; Donnerstags keine. Harnuntersuchung

Danksagung.
Die überaus herzliche Anteilnahme beim Begräbnis unseres geliebten Vaters, des Kaufmanns
Julius Wertheimer
hat uns tief gerührt, und sagen wir hierdurch allen Beteiligten innigen Dank.
Magdeburg, den 10. Februar 1926
Westendstraße 12.
Gebrüder Wertheimer.

Demokraten, besucht die am Sonntag, den 14. Februar, vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“ in Magdeburg stattfindende Versammlung! Redner: Dr. Hummel u. Dr. Bohner.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 7

Halle (S.), 13. Februar 1926

2. Jahrgang

Wolken am Horizont.

Politische Springprozeßion — Autopanne auf der Fahrt nach Genf — Die beschäftigungslosen Schwarzhemden — Herr Walter von der Vogelweide — Der potenzierte Cäsar — Volksgemurmel im Reichstag — Die Alkkustik im bayerischen Landtag — Der weiße und der schwarze Adler — Pohnende Reise — Junsbruck und Mantua — Abriistung, eine französische Angelegenheit — Washingtons goldener Nacht — Wackelnde Pagoden.

Deutsche Politik erinnert an die Götternader Springprozeßion. Drei Schritte vorwärts und zwei gleich zurück. Nicht freiwillig; die Ereignisse zwingen dazu. Wenn das Glück nur den Tapieren hold ist, können wir auf heldische Tugenden keinen Anspruch erheben. Glück wenigstens haben wir nicht. Auf jeder politischen Autofahrt erleiden wir eine Panne. Meistens mehrere. Eben haben wir den Motor angehört, am in voller Fahrt mit hundert Kilometer Geschwindigkeit die Stadt Calwina und Rouffecaus zu erreichen. Da trifft uns ein Steinwurf aus Rom und wir sind zum Stillstand gekommen. Ein Steinwurf, der uns zum Stillstand bringt. Eine Verhaftungsbefehlshaltung des Duce. Draußen tummeln sich beschäftigungslos die Schwarzhemden und warten einer neuen Parole. Im Lande selbst haben sie ihre Gegner nach echt römischer Art mundtot gemacht. So droht Arbeitslosigkeit. Versteht sich, nicht Arbeit im gewöhnlichen Sinne des Wortes, fehlt den Faschisten. Im Lande des Appenitins gibt es mangelnde zu sorgen und zu raten. Aber dies ist nicht gemeint. Man braucht Fanfaremusik, braucht die Nationalhymne, man hat ihren Klängen marschieren zu können. Man besen über die Grenzen. Das hat immer einen eigenen Reiz. Schon die alten Inhaber der Konjulgewalt schwärmten dafür, die See auswärts sich verpflegen zu lassen. Solchen Bedürfnissen muß ein Führer entgegenkommen, muß es umso mehr, wenn dabei seine Stellung nicht ganz so glanzvoll und in sich gefestigt ist, wie es nach außen hin scheinen soll.

Italienische Sprache liebt stolze Worte. Da konnte der arme Walter von der Vogelweide nicht mitfallen und Mussolini hat vollkommen recht, wenn er sich mit dem Worte *Uncio* vergleicht, der an den Simalaja Dantes nicht heranreicht. Herr Walter war ein fröhlicher Sänger, der nur gelegentlich über Mißwirtschaft im Reich einmal gronzige Worte fand. Allgheri domierte anders. Er hab in den Himmel und stieß in die Hölle hinauf. Er wurde Beliensträger und nahm Michelangelos jüngstes Gesicht in seinen Fetzen voraus, mit Minnelang hat das nichts zu tun. Und doch ist er uns lieb und wert und steht in Reihen als Wächter der deutschen Gesinnung. Herr Mussolini darf sich über uns nicht belagen, wir feiern nicht das Große und lassen das Kleine nicht zusammenschrumpfen. Ehre, dem Ehre geschähet. Dante ist auch für uns einer der Fährtenführer der Menschheit. Darum wurde er auch von seinen Landsleuten in die Verkennung geschickt. Wir verkleinern Cäsar nicht, können freilich auch Mussolini nicht vergrößern. Das Reden mit Potenzen überlassen wir ihm. Selbst dann, wenn es um seine Person geht. Und deshalb schreht uns auch sein Brautengeltlingel nicht. Er mag die Tricolore ruhig über den Brenner tragen. Ein solcher Sieg hätte für Italien den Reiz der Neuheit. Bisher muß es nur durch Mandlagen und daher auch unaufhörlich Vorbergegränzte Standarten fehlen in Rom. Gegen Waffenlose wäre vielleicht ein solcher Triumph denkbar.

Stresemann antwortete ihm von der Tribüne des deutschen Reichstages herab. Es war eine Ueberrumpfung und daher nicht so kluglos wie das italienische Original. Verantwortlichkeit dämpft von selbst die Stimme. Darin liegt der Wesensunterschied zwischen dem Diktator und dem Reichsaussenminister. Wir billigen es, daß man die deutsche Tricolore nicht auch entfaltete. Schon, weil man nicht gewagt hätte, weiße. Stresemann hätte sich wohlgen schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gelb entscheiden müssen. Die bange Wahl hat er sich und uns eripart. Die anderen logten dann ihr Sprichlein her, aber es wurde nur Volksgemurmel. Man soll bei uns solche Kundgebungen künftig unterlassen. In deutschen Weien sind sie nicht gestattet. Sie können nicht. Besser man überläßt es der Regierung, Rede und Antwort auf törichte Drohungen zu geben. Der Reichstag wird immer zu pedantisch und läßt es für angebracht, so ganz leise in den nationalen Strom die Parteimittelchen abzuleiten. Die Zustände ver-

schönern das Landschaftsbild nicht. Es ist alles so schwarzlos. In der Beziehung könnten wir italienischen Import gebrauchen. Er wäre nahrhafter als die Apfelsinen, die wir auch anderswoher beziehen können.

Deutsche Politik wird in Berlin getrieben. Nein, das ist falsch, sie sollte in der Wilhelmstraße zentralisiert sein, so will es die Verfassung, aber bayerischer Partidarismus regte die Schwingen. Herr Feld nahm an der Tat das Wort. Die Nachbarschaft Südtirols verlor, wobei mit talischem Jungenshlag. Bayern soll nicht mit Reichswaffen drohen, nicht einmal mit dem Bonifat. Natürlich wurde Herr Feld falsch verstanden. Die Achtung im Landtag eignet sich nicht für außenpolitische Debatten. Die ausländischen Journalisten in München sind darauf nicht eingestellt und berichten dann fehlerhaft. Starke Töne können sie dort auch, aber doch schließlich nur gegen das Reich, nicht gegen eine fremde Macht. Herr Stresemann würde beifällig diese Eingelassenheit der Eigenart. Wo kommen wir hin, wenn der Staatspräsident von Vippes-Deimold oder der Ministerpräsident von Redensburg-Schmerin die Belange des Reiches in die eigenen Hände nimmt? So deutlich braucht man den Wirrwarr unseres verfassungspolitischen Lebens doch nicht fund und zu Wissen zu tun.

Die Erregung vererbt. Neue Ereignisse der vor, aber der Streitfall bleibt unangenehm für unsere Autofahrt nach Genf. Peinliches treffen, das unsere Anmeldung im gleichen Aufschub da uns Zinsen schänden Unbarm für nicht Wohlwollen voranbr. Vermutlich sollen wir besonders als Affirmen in Richtung stellen, 1915 vor dem Sieg bewahrt. Wilmutig ist Rom, daß auch diese Friedensarbeit sich lohnend die Gleichberechtigung mit Polen und die Besprechungen erzwängen kann. Unsere Reise gefüllt nicht recht. Abreisigen nicht nur dort, sondern die Jungen fänge, sondern auch andere. Sieh im Rat, für ein Sechsigmillionen Volk die Anerkennung tatsächlicher Machtverhältnisse baren Reich. Was der schwarze Reichsadler für weiße Adler gleichfalls in Anspruch nehmen, die Schwingen gezogen sind und die Federen zur Reize geben. Spanien und Brasilien melde sprüche an und finden in London geeigneteres Polen. Der Rat wagt, was für seine Affirmen vielleicht ein recht bedingter Vorteil ist.

In Genf hatten unserer beträchtliche die Reise lohnen. Ueber die Minderheiten das einiges bringendes zu sagen. Freilich werden das Minderheitsrecht bei uns geschäftig veranlassen und gegen ipite Stelle gewappnet zu sein. Was in Kürze geschieht. Mit uns zugleich trifft das Tiroler Telegramm ein, daß den Herren am Lac Lemann einiges Kopfzerbrechen bereitet. Tirol verlangt die Freiheit seiner Stammesgenossen jenseits der Grenzen. Nicht umsonst

Reden ist Silber, Schwigen ist Gold.

hält einer der Freiheitskämpfer der Weltgeschichte auf dem Berge Nibel wagt. Nur in Mantua war Andreas Hofer in Banden. Auf das freie Junsbruck schaute er als freier Mann herab. Und eine weitere Parole folgt uns in den Reformationsaal: Abriistung. Wir haben damit so gute Erfahrungen gemacht, daß wir sie den anderen nicht vorenthalten dürfen. Geistesreue und paragaphenbesessenen werden wir dafür zu sorgen haben, daß die toten Wäldersbandsacke sich beleben. In ihnen steht das Notwendige bereits fest.

Die Abriistungskonferenz aber wird räumlich und zeitlich dauernd verschoben. Vom 15. Februar, an dem sie beginnen sollte, schon über die Joden des März hinaus, bis in den Novembermonat. Im schönen Monat Mai, wenn alle Knospen springen, sollen auch einige überflüssige Generale über die Känge springen. Aber plötzlich haben sie alle Bedenken. Abriistung ist gut, jedoch nur, wenn sie die anderen trifft. Man kann nie wissen. Und dann die Schweiz. Christlicher will ihnen gefälligen Boden nicht betreten, weil kein Freund Morawski dort unter Wörberhänden das Leben liebt und die Schweiz nicht Blut in Geld verwandeln möchte. Also fort von Genf. Auch diese Wünsche wird genügt. Schiffe mit Affen werden dem See durchkreuzen. Vielleicht geht es nach Ewan Veskaines oder gar weiter nach Nir zu Füßen der Souver Alpen, möglicherweise sogar nach Nizza, wo ja dann der Fräisung vorüber ist. Französische Städte scheinen uns auch für das Problem der Abriistung besonders geeignet, es ist ja in der Tat eine in erster Linie französische Frage.

In Washington laucht man mit wachsendem Anmut den Junksprühen aus Europa. So hat man sich die Abriistung nicht gedacht, dazu hat man auf die eigene Konferenz nicht verzichtet. Herr Coolidge spielte mit dem Gedanken, ein Konkurrenzunternehmen aufzunehmen, aber die Ausichten sind nicht fondertlich gut. Wenn die eutroden dem selten Boden des alten scheuen, sind sie auf Schiffe zu fliegen. Doch Amerika hat es wir. Seine Reichweite ist groß. Erde ein Weg goldener Jäden schuldner fest an diesen Drähten, gebe ich kein Geld, was immer schickt. Ein Wind an Wallstreet verdrängt die Erlöse. Banfals diplomatische Noten.

im nervus rerum. Bei der mit gerungelter Stirn in den sich nicht schließen will, obwohl es Opfer in ihm hinabspirng. Parteipolitik untragbar. Wir kreisen für die Reize, die jenseitigen Kabinette erschüttert. gegen die Not der anderen empf Bland um seine Staatslich leichter mit fremden Wöllern eigenen, namentlich, wenn es um

selbst aus dem Labrint des Herr im Reichsfinanzministerium Kopf. Aber er ist jung, und tapfer tritt er an die Maschine der deutschen Wirtschaft heran und lockert die Steuerfingern. Vielleicht bringt er sie doch noch in Gang. Und tapfer gibt er auch den Ländern und Gemeinden ihre finanzielle Selbständigkeit zurück. Sie sollen einmal verantwortlich sein, vielleicht fühlen sie sich dann auch verantwortlich, bewilligen nicht mehr, was den Zeitläufen nicht entspricht und bekennen sich allgemach zu häuslicher Sparbarkeit. Im Reichsinnenministerium sieht gleichfalls ein neuer Herr nicht mehr so ganz jung, aber voll Lebenskraft zu Arbeit. Eine Wahlrechtsreform wird dort vorbereitet. Einige Pagoden wackeln erschütterter, so fest sind die Wackelstämme nicht, daß sie nicht eine Hoßluft der Wälder hinwegwehen können. Und wir würden der Hoßluft und fallen unter der Sparbarkeit an. Deutlich ist etwas anderes. Nach Goethe höchstes Glück der Erdenfinder bleibt die Persönlichkeit. Auch diese Devalvation an geistigen Zuflugsmitteln muß überwinden werden.

Richard May.



Vertical text on the left edge of the page, partially cut off.